



**Die Fraktion „Bürger für Bürger“
im Rat der Gemeinde Schermbeck informiert
Ausgabe Zweites Halbjahr 2015**

Fraktionsvorsitzender: Klaus Roth, Am Frankenhof 3, 46514 Schermbeck, T: 02853/2635, klaus.roth46@gmx.de
Stellvertreter: Thomas Pieniak, Lessingstr. 9, 46514 Schermbeck, T: 02853/ 714, thomas.pieniak@t-online.de

Unsere Fraktion „Bürger für Bürger“ ist auch im Internet unter „bfb-schermbeck.de“ vertreten.

Dichtheitsprüfung

Anfang September 2015 hat die Gemeinde Schermbeck 390 Hauseigentümer, deren Haus vor 1965 erbaut wurde, angeschrieben, bis Ende 2015 einen Nachweis ihrer privaten Abwasserleitung auf Dichtheit vorzulegen. Damit wurde viel Unsicherheit in der Bürgerschaft erzeugt. Der § 61a LWG NRW wurde inzwischen aufgehoben. Stattdessen kann die Kommune nach dem neuen § 53 zur Erfüllung ihrer Abwasserbeseitigungspflicht durch Satzung festlegen, ob sie eine Vorlagepflicht satzungsrechtlich regeln möchte oder nicht. Die Anwendung dieser **Kann-Bestimmung** trägt auch zur Reduzierung des Personalaufwandes bei. Wir sind davon ausgegangen, dass der Bürgermeister, bevor er die Hauseigentümer anschreibt, zunächst die veränderte Rechtslage im entsprechenden Ausschuss beraten lässt. Dies ist nicht geschehen. **Wir haben daher den Antrag gestellt, auf Prüfbescheinigungen in und außerhalb von Wasserschutzgebieten grundsätzlich zu verzichten und von der eingeräumten Kann-Bestimmung Gebrauch zu machen. Nur in begründeten Fällen sollte ein Nachweis verlangt werden.**

Grünschnittsammlung



Seit vielen Jahren setzt sich unsere Fraktion „Bürger für Bürger“ für eine bürgerfreundliche Grünschnittannahme ein. Zunächst wurden unsere Anträge, begründet mit der Annahmepflicht im AEZ Asdonkshof, abgewiesen. Zuletzt verwies die Verwaltung darauf, dass zunächst die Untersuchungsergebnisse beim Regionale-Projekt „GartEn“ abgewartet werden sollten. Mit diesem Projekt wollte die Verwaltung modellhaft den Umgang mit dem anfallenden Grünschnitt neu regeln. Das Projekt „GartEn“ ist schließlich gescheitert. Ab Anfang dieses Jahres wird der Baum-/Strauchschnitt 14-tägig in Gahlen und Rat-

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

ein wenig mehr als ein Jahr nach Konstituierung des neuen Rates möchten wir Rückschau halten, inwieweit wir bis heute unser Wahlprogramm umgesetzt haben. Da wir leider nicht den Bürgermeister stellen und die absolute Mehrheit der CDU verhindern konnten, werden wir nicht alle unsere Ziele umsetzen können. Für „Bürger für Bürger“ gilt jedoch: Vor der Wahl ist auch nach der Wahl. Oder: Was wir versprochen haben, werden wir auch versuchen einzuhalten. Die von uns seit Jahren geforderte bürgerfreundliche Grünschnittsammlung wird seit dem 01.01.15 mit Erfolg praktiziert. Unsere Zielsetzung, ein Baumschnitt-/Grünflächenmanagement zur schrittweisen, pflegeleichteren Umgestaltung einzurichten, hat der Bürgermeister übernommen. Unser Antrag vom 06.09.15 nur im begründeten Gefährdungsverdacht eine Bescheinigung über die Dichtheitsprüfung der privaten Abwasserleitungen zu verlangen, muss noch im Ausschuss beraten werden. In einem ständigen Dialog mit dem Bürger zu kommen, hat für uns hohe Priorität. Größtmögliche Offenheit und Informationsfluss gehören zu unseren Leitlinien. Geheimniskrämerei lehnen wir ab. Daher laden wir auch regelmäßig zu unseren Bürgersprechstunden ein. Die Sitzungsvorlagen sollten soweit wie möglich öffentlich behandelt werden. Zurzeit wird die Gemeindepolitik überlagert durch die Asyldebatte. Frau Merkel hat sich äußerst undiplomatisch verhalten, als sie den Ausspruch tat: Wir schaffen das schon. Deutschland wird es nicht schaffen, in jedem Jahr mehrere hundert Tausend Asylbewerber zu integrieren. Es kann nur eine begrenzte, in der gesamten europäischen Union abgestimmte Zuwanderung, erfolgen. Personen, die nicht unter den gesetzlichen Vorgaben fallen, müssen bereits an der Grenze zurückgewiesen werden.

Klaus Roth **Thomas Pieniak**
(Fraktionsvorsitzender) (Stellvertreter)
Martina Gelzeleuchter (Ratsmitglied)
Winfried Hardt, Stefan Dürrbaum, Gabi Lucas
Ralf Gelzeleuchter, Andreas Libuda
(Sachkundige Bürger)

hausplatz angenommen. Ca. 30 Tonnen kommen monatlich zusammen. **Diese bürgerfreundliche Annahme hätten wir bereits viel früher haben können.**

Haushaltsgenehmigungen

Seit 2011 hat „Bürger für Bürger“ in zahlreichen Schreiben von der Verwaltung die Vorlage der Jahresabschlüsse ab 2009 gefordert. Softwareprobleme, fehlende Eröffnungsbilanz oder personelle Engpässe wegen NKF-Einführung wurden u. a. als Hinderungsgründe genannt. Ebenfalls haben wir auf das stark sinkende Eigenkapital hingewiesen und den Sparwillen eingefordert. Seit Nov. 2014 bis Mitte Aug. 2015, also innerhalb von 10 Monaten wurden die Jahresabschlüsse 2009 bis 2012 erstellt und dem Rechnungsprüfungsausschuss vorgelegt. Der spontan eingesetzte Arbeitswille hat einen Grund: Das Innenministerium hat den Kommunen im Mai 2014 mitgeteilt, dass die Haushaltsgenehmigung für das Haushaltsjahr 2015 auf jeden Fall zurückgestellt wird, sofern der festgestellte Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2012 noch nicht vorliegt. Das Eigenkapital betrug am 01.01.2009 44,0 Mill. €, am 31.12.2012 36,6 Mill. € (-17 %) und wird gemäß Planergebnisse am 31.12.2015 28,2 Mill. € (-35,9 %) voraussichtlich betragen.

Kinderspielplatz „Alte Poststraße“

Im Juni 2012 wurde auf dem Kinderspielplatz in Bricht ein defektes Spielgerät abgebaut. Der von Klaus Roth (BfB) gestellte Antrag, ein neues Gerät aufzustellen, wurde zunächst zurückgestellt, weil ein Spiel- und Bewegungsraumkonzept in Auftrag gegeben wurde. Klaus Roth ist Initiator des Kinderspielplatzes und hat in den 90er Jahren dafür gesorgt, dass die aufgestellten Geräte mit 5.000 DM durch das Deutsche Kinderhilfswerk gefördert wurden. Im April 2015 hat der Rat beschlossen, einen Sandspielturm für 2.900 € aufzustellen. Vorausgegangen war das Angebot von Klaus Roth an die Verwaltung, aus den Sparmitteln der Elterngemeinschaft zur Finanzierung 1.000 € beizusteuern. Leider konnte das neue Spielgerät bis heute nicht aufgestellt werden, da – siehe vorstehend – der Haushaltsplan 2015 von der Aufsichtsbehörde noch nicht genehmigt wurde.

Marellenkämpfe/Dorstener Straße



Bereits im April 2014 haben wir die Verwaltung darauf hingewiesen, dass nach Angabe eines Anwohners fast täglich ein Radfahrer im vorstehenden Kreuzungsbereich auf die Motorhaube genommen wird. Unsere Rückfrage bei der Rettungswache ergab, dass bereits mehrfach ein Rettungswagen angefordert wurde. Die Radfahrer, kommend aus Rüste, werden von den in die Dorstener Straße einbiegenden Fahrzeugen oftmals zu spät gesehen. Am 23. Sept. 2015 kam es erneut zu einem schweren Unfall. Zur Unfallminimierung hat Thomas Pieniak (BfB) nochmals den Antrag gestellt, eine rote Markierung, wie sie sich an der Abfahrt A 31 in Holsterhausen bewährt hat, anzubringen. Eine weitere Markierung sollte im Bereich der Alten Dorstener Straße (Rohring) angebracht werden. Die Einrichtung einer STOP-Straße sollte zusätzlich geprüft werden.

Sparkassenfusion

Die Sparkassen Dinslaken und Wesel werden zum 01.01.2016 fusionieren. Die Sparkasse Dinslaken wird voraussichtlich im Geschäftsjahr 2014 einen Verlust von 13 Mill. € ausweisen. Außerdem wird eine Finanzspritze von 35 Mill. € benötigt. Der Schermbecker Rat hat mehrheitlich im Juni 2015, ohne das ihm prüfbarere Unterlagen vorgelegt wurden, der Fusion zugestimmt. „Bürger für Bürger“ lehnt Bauchentscheidungen ab. Der Gemeinderat ist unseres Erachtens nicht nur ein Gremium was Entscheidungen zu treffen hat, sondern zu allererst ein vom Bürger eingesetztes Kontroll(Aufsichts)organ. Informationen sind unabdingbar, um gewissenhaft Entscheidungen treffen zu können. Schließlich haben wir uns in unseren Leitlinien dazu verpflichtet: Größtmögliche Offenheit und Informationsfluss gegenüber dem Bürger sind für eine vertrauensvollen Zusammenarbeit unerlässlich. Der Verwaltungsrat wurde auf 33 Mitglieder zusammengesetzt, obwohl das Sparkassengesetz NRW bei Fusionen lediglich 18 Mitglieder vorgibt. Außerdem wurde ein nicht gesetzlich verpflichtender Zweckverband mit 70 Mitgliedern eingerichtet. Wir haben eine Anfrage an den Finanzminister NRW gestellt:

1) Stimmen Sie uns zu, dass der Zweckverband aufgelöst werden könnte?

2) Inwieweit ist ein Verwaltungsrat mit 30 Mitgliedern rechtskonform?

3) Wie beurteilen Sie die Verfahrensweise, den Ratsmitgliedern ohne hinreichende Informationen eine Entscheidung abzurufen. Hat sich der Bürgermeister rechtskonform verhalten, gewünschte Informationen nicht weiterzugeben?

Wir werden im nächsten Rundschreiben darüber berichten.

Ampelanlage Kreuzungsbereich Hünxer Straße / Maassenstraße

Am 22.09.2015 ist es im o. a. Kreuzungsbereich erneut zu einem schweren Unfall gekommen. In unserem letzten Rundschreiben haben wir bereits darauf hingewiesen: **Jeder Unfall, jeder Personenschaden ist einer zu viel und kann durch die von „Bürger für Bürger“ beantragte Ampelanlage verhindert werden.** Wir haben im März 2015 nochmals beim Landesbetrieb Straßenbau NRW nachgehakt. Antwort: Die Errichtung der Lichtsignalanlage ist aufgrund der knappen Haushaltsmittel im Landesstraßenbereich erst für 2016 geplant.

Gehwege Freudenbergstraße



Endlich ist es soweit. Seit Jahren fordert „Bürger für Bürger“ an der stark befahrenen Freudenbergstraße den Ausbau eines beidseitigen Gehweges. Unter anderen ist es älteren Bürgern mit ihren Rollatoren nicht möglich, über die holprige Oberfläche in den Ortskern zu kommen. Im Zuge des 1. Bauabschnittes wird zunächst beidseitig ein Gehweg hergestellt. Außerdem sind zwei Bushaltestellen mit Buswartehäuschen vorgesehen. Die Querungsstellen und Bushaltestellen werden barrierefrei ausgebildet.

Wahlkampfkosten 2014

Eine Redensart besagt: Mit Speck fängt man Mäuse. Laut Pressebericht hat der Kommunalwahlkampf der CDU Schermbeck im Jahre 2014 rund 26.000 € Kosten verursacht. Zum Vergleich die Wahlkampfkosten der BfB: 1.420 €.

Arbeitszeit des Bürgermeisters

Bürgermeister Mike Rexforth arbeitet zurzeit 70 Stunden plus pro Woche. Er

hat dies selber so gewollt. In Deutschland sind 2,5 Mill. Menschen pflegebedürftig. Im Jahre 2050 werden es 4,4 Mill. sein. Der größte Pflegedienst hierzulande sind die Angehörigen. Sie müssen über 24 Std. und an 7 Tagen in der Woche ihre Aufgaben erfüllen.

Grundstückskauf

Der Bau- und Liegenschaftsausschuss hat am 02.12.2014 für den Kauf eines 8.000 qm großen Grundstücks zu einem Kaufpreis von 205.000 € am Schermbecker Mühlentbach gestimmt. Das Grundstück gehörte dem Bruder des Bürgermeisters. „Bürger für Bürger“ hat dem nicht zugestimmt. In einem Interview hat BM Maik Rexforth den Kauf als nachvollziehbar und transparent bezeichnet, aber man versucht von politischer Seite irgendwas zu suchen. In einer Tischvorlage warb der damalige Kämmerer am 01.12.2004 für die Ersteigerung der Flächen am nächsten Tag zu einem maximalen Gebot von 9/10 des Verkehrswertes (38.721 €) = 34.849 €. Offenbar hat der Bruder des BM ein um 151 € höheres Gebot abgegeben. Wir haben nichts gegen den Kauf der Grundstücke zu einem marktgerechten Preis. Der Kreis Wesel weist zum Stand 01.01.2013 für Acker- und Grünland einen Richtwert von 2,95 €/qm aus. Außerdem haben uns irritiert: Kauf der Grundstücke kurz nach Ende der Spekulationsfrist zu einem überhöhten Kaufpreis. Warum nicht bereits zu einem früheren Zeitpunkt (Kommunalwahl)? Auch beurteilen wir die Aussage des Grundstückseigentümers skeptisch, dass ihm erst im Nachhinein bekannt wurde, dass durch das Flurstück 593 die Hauptentwässerungsleitung verläuft. Wir würden uns jedenfalls beim Kauf eines Grundstücks zunächst darüber informieren, welche Belastungen auf dem Grundstück bestehen. Die Sitzungsvorlage für den Bau- und Liegenschaftsausschuss (02.12.2014) haben wir am 28.11.2014 bekommen. Es bestand über das Wochenende keine Möglichkeit, die Angaben der Verwaltung zu prüfen. Die weitere Beurteilung dieses Grundstückskaufs überlassen wir dem Bürger.

Hundetoiletten

Im Februar 2015 hat „Bürger für Bürger“ die Aufstellung weiterer Hundetoiletten beantragt. Verschmutzungen durch Kothaufen auf Gehwegen und öffentlichen Flächen, z. B. Maxi-Schule, sind ein Ärgernis vieler Bürger. Versuchsweise wurden am Raiffeisenweg Hundetoiletten aufgestellt. Die Verschmutzungen gingen zurück. Leider ist der Ausschuss unserem Vorschlag, an 4 Standorten Hundetoiletten aufzustellen, nicht gefolgt. Stattdessen erfolgt die Aufstellung an 2 Standorten. Die SPD hat als einzige Fraktion gegen die Aufstellung gestimmt.

